

II— 3390 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1722/J

1978 -03- 03

A n f r a g e

*der Abgeordneten HAGSPIEL, Dr. Blenk, Dr. Feurstein, Dr. Schwimmer
und Genossen
an den Bundesminister für soziale Verwaltung
betreffend unrichtige Auskunftserteilung an Abgeordnete im
Ausschuß für soziale Verwaltung*

*Zwei für das Land Vorarlberg besonders interessante Abkommen,
weil Vorarlberg als Anrainer aller drei Staaten sehr viele
Anrechnungsfälle vor allem wegen der vielen Grenzgänger
haben wird, standen in letzter Zeit zur Diskussion. Von
Presseberichten aufmerksam gemacht, wollte die Landesregierung
nach telefonischer Rückfrage beim Sozialministerium Einsicht
in den Inhalt eines der Abkommen (Übereinkommen im Bereiche
der Sozialen Sicherheit, das die Länder BRD, Schweiz,
Liechtenstein und Österreich betrifft) nehmen, was seitens
des Ministeriums zunächst abgelehnt wurde. Erst nach
schriftlichem Ersuchen wurde der Landesregierung der Entwurf
zur Kenntnis übermittelt. Bezüglich des Zweiten Zusatz-
abkommens zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und
der Republik Österreich über Soziale Sicherheit wurde mit der
Vorarlberger Landesregierung überhaupt keinerlei Kontakt
gepflogen.*

*Bei der am 23.2.1978 stattgefundenen Sitzung des Sozialausschusses
wurde an den Bundesminister für soziale Verwaltung die konkrete
Anfrage gestellt, ob bezüglich dieser Abkommen mit dem Land*

Vorarlberg Fühlung aufgenommen worden ist, worauf von den zuständigen Ministerialbeamten, sowie von Abgeordneten der SPÖ erklärt wurde, daß vom Land Vorarlberg eine sehr positive Stellungnahme vorliege.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung folgende

A n f r a g e :

- 1) Welche Gründe waren dafür maßgebend, daß über das Zweite Zusatzabkommen mit dem Land Vorarlberg keinerlei Fühlung aufgenommen wurde ?
- 2) Aus welchen Gründen wurde die Einsicht in das Übereinkommen zwischen der BRD, der Schweiz, Liechtenstein und Österreich im Bereiche der Sozialen Sicherheit der Vorarlberger Landesregierung erschwert ?
- 3) Wie begründen Sie die den Tatsachen widersprechenden Aussagen der Sie begleitenden Beamten des Sozialministeriums auf die konkrete Anfrage des Erstanfragestellers in der erwähnten Sitzung des Sozialausschusses vom 23.2.1978 ?